

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszchl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. Dezember 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergnügungsinserte und 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142.

Aus dem Auslande.

Osterreich. Im Donauraum hat nicht nur das politische Leben heuer hohe Wellen geschlagen, nein, auch im Organisationsleben unserer Kollegen gingen die Wellen hoch. Da es meistens innere Konflikte waren — die Innsbrucker Aktion war als äußere Bewegung die einzige, aber heftige Explosion, die, wie in Schweden, den Ausfall der Zeitungen jedoch gar nicht als öffentliche Kalamität erscheinen ließ, weil einheitliche Blätter herausgegeben wurden —, liegen wir die Vorgänge jenseits der schwarzen Grenzpfähle im „Korr.“ unerörtert. Einmal wollten wir uns nicht in diese inneren Krisen einmengen, und zum andern konnten wir es nicht, ohne beschließen zu müssen, im eignen Haus einen Brand zu entfachen. Daß ein solcher trotz dieser Vorsicht doch ausbrach, war wirklich nicht Abficht und schuldhaftige Verfehlung unsererseits — Verteilung ungünstiger Umstände, Mißverständnisse und andre Realitäten und Eventualitäten, ohne die es im Streite der Meinungen und im rauhen Tageskampfe nie abgehen wird. Man wird uns aber zugehören müssen, daß wir in der Behandlung unerfreulicher Vorzommnisse mit gebotener Delikatesse zu handeln verstehen, und wenn darunter die Verichterstattung beeinträchtigt wird, so wolle man uns das nachsehen und diese unsere Beweggründe würdigen. Wenn sich die Wasser verlaufen haben, wird rückblickend auf die Tage, von denen man sagen muß, sie gefallen uns nicht, ja doch alles nachgeholt, des historischen Interesses wegen objektiv festgehalten. So in Nr. 120 mit Ungarn und hierdurch bezüglich der Gesehnisse bei unren österreichischen Kollegen.

Mit einem heftigen Konflikt zwischen Verbandsvorstand und Sparten wurde die Reihe der Unstimmigkeiten und Aergernisse eröffnet. Auf einer am 7. und 8. März lediglich zu diesem Zweck einberufenen, zwei Tage in Anspruch genommenen Konferenz der Obmänner der Kronlandsvereine ging es heiß her, der Klub der Maschinenmeister und Drucker Niederösterreichs stand am meisten im Kreuzfeuer der Debatten. Der Verbandsvorstand hatte ein Regulatorium ausgearbeitet, das die Kompetenzen der Sparten regeln sollte und das bis zum nächsten Verbandstage auch als Provisorium diesem Zwecke dienen wird. In ihrem wesentlichen Teile bejahen die zur Regelung der Spartenfrage festgelegten Bestimmungen: „Die an verschiedenen Orten bestehenden Fachklubs haben sich den Verbandsvereinen unterzuordnen und dürfen keinesfalls, mit Ausnahme von rein fachtechnischen Angelegenheiten, selbständige Beschlüsse fassen. Die von einzelnen Fachklubs gewährten regelmäßigen Unterstüßungen sind aufzulassen, da dadurch der Ausbau des Unterstüßungswesens im Verband erschwert wird, und zwar hat in demselben Verhältnis, als die Unterstüßungen im Verband erhöht werden, eine Herabsetzung der Unterstüßungsansätze in den Fachklubs einzutreten. Um die Interessen aller Branchenangehörigen wahren zu können, ist sowohl bei den Wahlen in den Verbandsvorstand als auch bei den Wahlen in die Ausschüsse der Verbandsvereine auf die Branchenangehörigen entsprechend Rücksicht zu nehmen.“ Daß über diese für das Verbandsleben in Osterreich so gewichtige Konferenz eine stenographische Protokoll aufgenommen und im „Vorwärts“ in verschiedenen Nummern ganz zum Abdruck kam, war wohl getan, war unstreitig der richtige Weg und das beste Mittel, in aller Gründlichkeit und Offenlichkeit aus der allgemeinen Wahrung zur allseitigen Klärung zu gelangen.

Der vom Niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftgießerverein an Stelle einer mit den Prinzipalen geplanten, an deren Passivität jedoch gescheiterten gemeinsamen, also paritätischen Stellenvermittlung in Vorschlag gebrachte eigne Arbeitsnachweis mit obligatorischem Charakter brachte nicht lange darauf die Gemüter von neuem in Wallung und förderte eine Erscheinung gutage, die nichts weniger als erfreulich ist: eine weniger durch Sachlichkeit und Fähigkeit als durch persönliche Bekämpfung sich auszeichnende Opposition. Trotzdem eine Ende Mai in Wien abgehaltene, mit dem vorgelegten Stellungsvermittlungsregulatorio sich beschäftigende Massenversammlung wenig ermunternd für die Quertreiber verlief, nahm die Opposition ihren „Weg“. Das Vertrauen zur Organisation wurde systematisch untergraben, die Verbandsfunktionäre mit den nötigsten Verbalinjurien belegt. Der obligatorische Charakter der Stellenvermittlung war der Hauptangriffspunkt unter den wenigen sachlichen Momenten,

mit denen die Opposition kämpfte. Man muß allerdings wissen, daß in Osterreich statutarische Bestimmungen und sonstige Organisationsbeschlüsse mit einer Strenge durchgeführt werden, die in Deutschland nicht entfernt so vorzufinden ist. Die für das „Schmalenbrüden“, d. h. Selbstvermitteln resp. Umschauen, eingenommenen Kollegen müssen das, darum der Sturmlauf gegen das Obligatorium. Im Verbandsorgane wurde Nummer für Nummer das Treiben dieser Opposition beleuchtet, aber auch ihre Motive fanden sachliche Prüfung. Nach monatelangen eifrigen Diskussionen, hitzigen Disputen und heftigen Debatten wurde das Stellungsvermittlungsregulatorio aber doch angenommen.

Das Austragen von Organisationsstreitigkeiten vor dem Stadi ist immer der übel schlimmste gewesen. Die jegliche Opposition in Osterreich verachtete dieses Mittel nicht. Der Verbandsvorstand, der sich gezwungen sah, die Machenschaften der oppositionellen Wortführer öffentlich zu brandmarken, wurde in mehreren seiner Mitglieder der sonst so geschmähten Klassenjustiz überantwortet, auch Wortanstandsmitglieder des Niederösterreichischen Kronlandsvereins mußten daran glauben. Der Prozeß eines ehemaligen Mitglieds gegen die österreichische Organisation, der im allgemeinen gewerkschaftlichen Interesse bis vor die höchste Instanz gebracht werden soll, bildete für die Opposition obendrein gute Nahrung. Ihr Kampf war im Grunde jedoch nichts andres als eine Anfechtung gegen die gewerkschaftliche Disziplin. Der Hauptmacher, ein gewisser Kern, betreibt die Klagen gegen die Organisationsleitung gleich ein gros. Momentan schwebt ein Ehrbeleidigungsprozeß gegen 17 Mitglieder des Verbandsauschusses, der K. in einer öffentlichen Erklärung in seinen Ehr- und Rechtsbegriffen verlegt haben soll.

Konkurrenzorganisationen sind in Deutschland gar wohl bekannte, die Arbeiterschaft tief schädigende Erscheinungen. In den österreichischen Kronländern gibt es eine Anzahl von Arbeitervereinen, die vielfach die gleichen Tendenzen wie die Gewerkschaften verfolgen und mit diesen auch in Kollisionen geraten. Leider dürfen auch dabei wieder die Buchdrucker nicht fehlen. In schärfster Form wachte sich daher das österreichische Verbandsorgan gegen diese Doppelmitgliedschaft und forderte auf Grund des Statuts ein Entweder-oder von den betreffenden Kollegen.

Die Verschmelzung des Unterstüßungsvereins der Buchdrucker und Schriftgießer Niederösterreichs mit dem Verbands hat, nachdem sie tatsächlich schon im April 1908 vorgenommen wurde, Anfang Oktober d. J. nun auch die amtliche Sanktion gefunden. Der vor 35 Jahren gegründeten Gegenorganisation, dem sogenannten Prinzipalverein, ist also nun auch die behördliche Bestätigung zuteil geworden.

Mit einer Vertrauens- und Gebührg für die Führer, in einer von 3000 Mitgliedern besuchter Versammlung in Wien Anfangs Oktober gegen nur vier Stimmen durch eine scharfe Resolution gegen die Klagen der sogenannten Oppositionellen zum Ausdruck gebracht, ward endlich der schwere innere Reinigungsprozeß beendet, eine heftige Krisis überwunden, die auch in Osterreich das allgemeine Verlangen nach mehr gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit auslöste. Die Dinge waren bis zum Gipfel gediehen, brachte doch die „Buchdruckerwehr“, das österreichische Alter ego der „Deutschen Buchdruckerzeitung“, schon aus Gehilfenkreisen Schmähartikel gegen den österreichischen Verband! Größere Arbeitslosigkeit ist auch im österreichischen Buchdrucker- und Schriftgießergewerbe die Signatur der geschäftlichen Lage. Wie im „Korr.“ bei Besprechung des Jahresberichts vom Internationalen Buchdruckersekretariate besonders hervorgehoben wurde, hatte sich trotz der allgemeinen Krisis die Arbeitslosenziffer in Osterreich von 2,12 auf 2,17 im Jahre 1908 erniedrigt. In den drei Quartalen d. J. hat sich jedoch durchweg ein höherer Stand der Arbeitslosigkeit ergeben, im dritten Quartale war die Zunahme am erheblichen.

Wie in der vorigen Nummer unter „Mundschau“ berichtet, haben die österreichischen Gewerkschaften Mittel und Wege zur Bekämpfung der Lebensmittelverteilung eingeschlagen, die völlig neu sind: Die Unternehmer sollen aufgerüttelt werden, ihrerseits ebenfalls gegen die agrarischen Wutsauger Front zu machen und im Parlament einen Druck auf sie auszuüben; tun sie es nicht, kommen die Arbeiter und machen die Unternehmer verantwortlich für die Verfündigungen der Lebens-

mittelverteurer an der Volksmohlfahrt. Auch die österreichischen Kollegen haben sich dieser Aktion angeschlossen und am 28. November im ganzen Lande stark besuchte Demonstrationsversammlungen abgehalten. Das an den Prinzipalverein gerichtete, auf die besonderen Verhältnisse des Gewerbes zugeschnittene Schreiben enthält angesichts der bevorstehenden Tarifierhöhung weniger deutlich das Verlangen nach Teuerungszulagen, erhebt aber nachdrücklich eine sehr ideale Forderung, nämlich mit der Gehilfenschaft gemeinsam die überfällige Reform des Preßgesetzes zu verlangen, die dem Gewerbe neuen Aufschwung bringen könnte.

Eine Tarifierhöhung steht in Osterreich gemäß der Bestimmungen in dem auf acht Jahre abgeschlossenen Tarif von 1905 zum 1. Januar 1910 bevor. In allen Lohnklassen wird das Minimum um 2 Kr. der Laufendpreis um 2 Heller aufgebessert. Das Tarifamt empfiehlt den Prinzipalen, mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittel auch den Gehilfen eine Zulage zu gewähren, die nicht von dieser Zulage betroffen werden, besonders den nur wenig über dem Minimum Stehenden.

In der Spitze einer der letzten Nummern des in Triest erscheinenden „Risveglio“ (Verbandsorgan der italienischsprachigen österreichischen Kollegen) befindet sich eine Veröffentlichung: „Im Namen S. M. des Kaisers!“ Ihr ist zu entnehmen, daß das Provinzialgericht in Triest in nichtöffentlicher Sitzung feststellte, daß der Text des Artikels „In memoriam“ („Risveglio“ Nr. 342) gegen das Gesez verstoße. Es beschloß die Verschlagnahme des „Risveglio“ und die Vernichtung der betreffenden Nummer und verbot die Weiterverbreitung des infrimierten Artikels. Als Motiv für diese Maßregeln wird angegeben, daß in dem Artikel provoziert, aufgereizt und verächtet werde, andre zu Handlungen zu verleiten, die das Gesez verbietet. Die Redaktion ersparte sich jede Mühe, dem erzwungenen Gast im Verbandsorgan nur ein Wort hinzuzufügen. Wir leben im zwanzigsten Jahrhundert und das genügt. Die Nr. 342 des „Risveglio“ erschien mit einer weißen Spalte, in der in Fettdruck prangte „Sequestrato“ (beschlagnahmt). In memoriam war ein Aufruf für Ferrer, in dem wahrscheinlich zum Streik und zur Teilnahme an einer Protestdemonstration aufgefordert wurde.

Vor zwei Jahren hatte es der Sektionsvorstand in Triest durchgesetzt, daß einige Regierungsvortreter zusammen mit den Delegierten des Verbandes alle Druckereien der Stadt besuchten. Die Herren hatten Gelegenheit, sich von den grauenhaften Zuständen der Druckereien in puncto Hygiene und von der Vernachlässigung der Unfallverhütungsvorkehrungen persönlich zu überzeugen. Von seiten der Regierung wurde auf sofortige Abstellung gedungen. Zwei Geschäfte sind darauf verlegt worden, dagegen ist es außer einigen kleinen Abänderungen im großen und ganzen bis auf den heutigen Tag beim alten Schlenker geblieben. In einem offenen Brief an den Fabrikinspektor wird eine „Veranda“-Druckerei beschrieben, in der zu arbeiten direkt lebensgefährlich ist. Die Redaktion des „Risveglio“ fügt hinzu, daß die größten Mißstände, die vor zwei Jahren aufgedeckt wurden, bis heute nicht abgestellt seien. „Es liegt lediglich an Ihnen, Herr Fabrikinspektor“, heißt es weiter, „wenn die Buchdrucker sich nicht gezwungen sehen sollen, zur Wahrung ihrer Gesundheit selbst Abhilfe zu schaffen, eventuell unter Anwendung der äußersten und letzten Mittel.“

Kroatien-Slawonien. Auf den in Nr. 92 und 110 bereits erwähnten Streit in der katholischen Druckerei zu Ugram, der ungefähr ein Vierteljahr gewährt hat, kommen wir an dieser Stelle aus einem besonderen Grunde nochmals zurück. Neben den andren Ursachen, die zu diesem Konflikt führten, war es nicht zuletzt eine Hausordnung, die dem Personale von den geistlichen Inhabern und Leitern aufoktroiert werden sollte. Ein Bewußtsein und Gesinnungszwang, wie er darin zum Ausdruck kam, dürfte wohl einzig dastehen. Dem Personale wurde nämlich in der Hausordnung die Verpflichtung auferlegt, an Sonn- und Feiertagen in die Kirche zu gehen, eine Messe anzuhören und zu vorgeschriebenen Zeiten zu beichten. Wer einer andren politischen Partei als der christlichsozialen angehört, sollte sofort zur Entlassung kommen. Ferner wurden nur katholische Arbeiter in Beschäftigung genommen. Diese einen Terrorismus fondergleichen darstellende Hausordnung wurde zwar auf einmütigen Protest an alle Prinzipale Ugrams zurückgenommen, sie bildete aber die Ouverture zu weiteren Konflikten, die dann in

dem berichteten Streite, der in den Hauptpunkten Erfüllung der Gehilfenforderungen brachte, ihre Entladung fanden. Der Ugramer Streit wurde mit 7000,20 Mk. von den dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden unterstützt.

In Esseg und in einigen anderen Provinzorten steht mit Ende dieses Jahres der Ablauf des Tarifs bevor **Ungarn.** Auf der Tagesordnung der ungarischen Kollegen steht jetzt der Punkt: Tarifrevision. Wie schon berichtet, ist ein Antrag auf Revision des hauptsächlichsten Tarifs gegenseitig gestellt worden. Inzwischen hat der Prinzipalverein von Budapest seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen offiziell zu erkennen gegeben. Die Tarifbewegung in der Provinz wird anschließend folgen. Mit der Organisation der Provinzprinzipale wird es bei deren untereinanderänderlicher Couleur wohl ein Rätsel geben. In einer sich mit der Tarifrevision beschäftigten Artikelserie bringt das ungarische Verbandsorgan den auch anderswo zu beziehenden Satz: „... wenn wir uns daran erinnern, wie es früher war, als es noch keine Gemeinschaft gab — und hierbei denken wir nicht ausschließlich an die ungarischen Verhältnisse —, so verpflichten wir durchaus kein Verlangen, diese Zeiten wieder herbeizuführen. Infolgedessen müssen wir uns vor allem darüber im Klaren sein, wie es anzustellen, um uns die Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft zu sichern und im Wege derselben von Erfolg zu Erfolg schreiten zu können.“

Nach einer Statistik für Budapest gibt es dort jetzt 230 Druckerien, wovon 202 tariffrei sind. In den 28 Nichttariffirmen wird nur 1 Proz. der Gehilfen beschäftigt; ein sehr günstiges Zeichen. Insgesamt arbeiten in den 230 Druckerien 3150 Gehilfen. In den tariffreien Druckerien entfallen auf je Sezer zwei Lehrlinge, dagegen auf zehn Drucker drei Lehrlinge. Nach den von allen Druckerien und allen Sparten ermittelten Verdiensten stellt sich der Durchschnittslohn eines Budapesters Buchdrucker auf 38 Kr. 6 Heller — 32,35 Mk. (1908: 37 Kr. 17 Heller). In Budapest erscheinen nicht weniger als 22 Tagesblätter.

Belgien. Die Tarifbewegung in Brüssel ist glücklich verlaufen. Am 4. November fand im „Mavalorama“ eine von allen abkömmlichen Gehilfen (etwa 1400 von 1750) besuchte Versammlung statt, die den schon am 1. Dezember in Kraft getretenen Tarif schließlich annahm. Daß nicht alle zufrieden gestellt wurden, darf nicht wundernehmen; sind doch die Entlohnung nach Wochenverdienst, die Erholungsstunden und Abschaffung des Verdienstes noch nicht durchgeführt worden, auch wird die Erhöhung der Löhne als ungenügend bezeichnet. Dafür ist der Neuntumbentag von den Prinzipalen bewilligt worden, ferner hat der Ausschlag auf überstunden eine wesentliche Erhöhung erfahren, auch ist die Lehrlingsfrage in den Gehilfen günstigen Sinne geregelt worden.

Der neue Tarif, dessen Beratungen vom 14. bis zum 29. Oktober währten — Vorsitzender der je gleichberechtigten Kommission war der Prinzipal J. Dumont —, setzt die Arbeitszeit auf neun Stunden (vormittags und nachmittags je 4 1/2 Stunden ohne Pausen) fest. Zu Mittag wird mindestens anderthalb Stunden geruht. Überschreitet die Arbeit 4 1/2 Stunden, ist eine Pause von acht Minuten, dauert sie länger als 5 1/2 Stunden, eine solche von 15 Minuten vorgeschrieben. Das Minimum für die Sezer im gewissen Maße beträgt 65 Ets. die Stunde (bis jetzt 58). Den Berechnern wird ein Aufschlag von 10 Proz. für 1000 Gewichte zugewilligt. Ausschläge für diese sollen mindestens zwei Tage, für Maschinenmeister einen Tag dauern. In den Sezmashinen wird nur im gewissen Maße gearbeitet. Bei einer achtstündigen Tagesleistung von 10000 Gewichten an der Monoline oder am Typograph, bei 12000 an der Linotype und bei 14000 an der Monotype beträgt das Stundenminimum 70 Ets. Die Stundenlohn der Drucker schwankt zwischen 65—75 Ets. Das Minimum bei Tagesblättern (8 1/2 Stunden Arbeitszeit, ohne Sezmashine) beträgt 6 Kr. täglich; bei mit Sezmashinen hergestellten Zeitungen wird nur acht Stunden gearbeitet. Minimum der Maschinenleger 6,50 Kr. Auf 1—3 Sezer kann ein Lehrling, auf 4—6 können zwei, auf 7—12 drei, auf 13—24 vier Lehrlinge gehalten werden; weiter für je 10 Arbeiter ein Lehrling mehr. Ein Druckerlehrling kann bei 1—4 Druckern eingestellt werden. Vier Jahre hat der Tarif Gültigkeit. Dieser neue Tarif gilt für Brüssel und die Umgebung der Hauptstadt. Widerstrebende Prinzipale werden von beiden Vertragsparteien bekämpft.

Die Auszahlung des Vitakums in Brüssel bleibt einstweilen noch aufgehoben. Auch bittet das Zentralkomitee, im Hinblick auf zahlreiche Arbeitslose den Zugang fernzuhalten.

Die Mitgliedschaften in Löwen, Lournai, Mecheln und Lun sprachen sich gegen die Mitführung des Bundesbanners an der Feier des 1. Mai aus.

Korrespondenzen.

Bezirk Bonn. Unsere vierte diesjährige Bezirksversammlung tagte am 28. November in Bonn. Von 150 Bezirksmitgliedern hatten sich 102 eingefunden. Die Punkte „Geschäftliche“ und „Kassenbericht“ wurden glatt erledigt. Der Massenbestand ist, wie vom Kassierer hervorgehoben wurde, infolge der hohen Festkosten zur vorigen Bezirksversammlung in Wummersbach und durch die besorgnis in unserer Bezirke schlechte Geschäftslage im vorigen Vierteljahr etwas zurückgegangen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung lautete: „Anschluß an die

Kulturgesellschaft Ernst Abbe“. Der Vorsitzende Balbus schilderte im Anschluß an seinen in Euskirchen über das gleiche Thema gehaltenen einleitenden Vortrag eingehend in einem längeren Vortrage die Bestrebungen dieser Gesellschaft. Zum Schluß seiner Ausführungen beantragte er im Namen des Vorstandes, der Bezirksverein Bonn möge dieser Gesellschaft als korporatives Mitglied beitreten. Die Diskussion war recht reger und zeitigte verschiedene Bedenken gegen einen derartigen Beschluß, der allgemein als weittragend bezeichnet wurde; es wollten mehrere Redner die Sache noch vertagt wissen. Unerkannt wurde aber der gute Gedanke, auf dem sich das Programm dieser Gesellschaft aufbaut. Deshalb wurde gewünscht, es möchte darüber mehr Aufklärung verbreitet werden, etwa vom Verbandsvorstande (was der Vorsitzende als untunlich bezeichnete) und in unserm Verbandsorgan. Vom Vorsitzenden und andern Rednern konnten die erhobenen Bedenken aber entkräftet werden, so daß ein Antrag, einen Ausschuß zur Prüfung dieser Angelegenheit einzusetzen, zurückgezogen wurde. Die Versammlung stimmte dann mit großer Mehrheit zunächst für den Beitritt des Bezirks als korporatives Mitglied und setzte alsdann den jährlichen Beitrag mit 24 Mk., dem Doppelten des Geringstbeitrags, fest. Des weiteren wurden für Jubiläumsgeschenke 60 Mk. und (ausnahmsweise) dem Ortsverein Uhrweiser für Bibliothekszwecke 10 Mk. bewilligt. Endlich wurde beschlossen, das Jahrgeld IV. Klasse auszugeben und die nächste Bezirksversammlung in Siegburg abzuhalten; mit dieser soll eine Agitation verbunden werden. Nach einer Mahnung des Vorsitzenden, das durch den Beitritt zur Kulturgesellschaft Ernst Abbe bekundete Zusammengehörigkeitsgefühl auch weiterhin wertig zu üben, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Bremen. Bezirksversammlung am 29. November. Die Versammlung war trotz der Verlegung nach der „Kaiserhalle“ bedauerlicherweise nur mäßig besucht. Den Haupttagungsordnungspunkt bildete der Vortrag des Kollegen Ruyhorn: „Ist die Betätigung auf dem Gebiete der Jugendberziehung für uns eine Notwendigkeit und in welcher Weise hat dieselbe zu erfolgen?“ Der Referent führte u. a. aus: Die Frage der Jugendberziehung sei von jeher für die Menschheit eine schwierige gewesen. Der, dem dieses Amt obliegt, müsse vor allem die nötigen Fähigkeiten, wie Liebe zur Menschheit, Pflichtbewußtsein und Gerechtigkeitsgefühl, besitzen. Von christlicher und anderer Seite würde mit allen Mitteln versucht, die schulentlassene Jugend an sich heranzuziehen. Der hier am Orte bestehende Bildungsverein junger Arbeiter und Arbeiterinnen leiste zwar Gutes, es würde aber doch mancher Fehler gemacht. In der Frage der Jugendberziehung sei Redner mit dem Kollegen Reichauer einverstanden. Er empfehle, die Leitfäden seiner Artikel der zu wählenden Kommission zu überweisen. Der sachlichen Ausbildung der Lehrlinge sei die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den Lehrlingen im vierten Jahre wäre der „Ror.“ aus Bezirksmitteln zu liefern (dies ist auf Antrag des Vorstandes schon längere Zeit der Fall). Den Lehrlingen müsse die Verbands- und Zentralbibliothek zur freien und unentgeltlichen Benutzung stehen. Die Lehrlinge seien in den beiden letzten Jahren in besonderen Versammlungen von Zeit zu Zeit auch über die Geschichte unserer Organisation, die Entwicklung des Tarifs und der Tarifgemeinschaft, über Sozialpolitik und Volkswirtschaft aufzuklären. Zu versuchen wäre, den Lehrlingen billige Plätze für die Theateraufführungen des Bildungsausschusses und des Vortragsbundes zur Verfügung zu stellen, überhaupt für die Allgemeinbildung die günstigsten Gelegenheiten zu ermöglichen. Vom Bezirksvorstande sollten zur Durchführung dieses Programms geeignete Kollegen herangezogen werden. In der Diskussion wandte sich Kollege Müller zum Teil gegen die Ansichten des Referenten. Man solle an die Lehrlinge keine Anforderungen stellen, die sie doch nicht erfüllen könnten. In bescheidener Weise müsse vorgegangen werden. Der Jugend solle man nicht mehr Stunden rauben, wie sie ihr schon geraubt würden (s. B. durch die Fachschule). Man solle die jungen Leute austoben lassen und an die eigene Jugendzeit zurückdenken. Es könne sich nur darum handeln, den jungen Leuten eine Richtschnur zu geben. Die Kollegen Etikan und Rietschel konnten sich für die vorgezeichneten Bestrebungen nicht begeistern. Lehrlinge wünschten, daß die Lehrlinge den Turnvereinen, besonders den Arbeiterturnvereinen, beitreten. Die Kollegen Ostka und Aschoff hielten es für notwendig, daß in der Jugendberziehung etwas getan werde. Besterer betrachtet Führungen durch die Museen nach vorausgegangener oder darauffolgender Vorträge für zweckdienlich. Der Vorsitzende präparierte den Standpunkt des Vorstandes zu den Leitfäden. Er sei dafür, daß in ihrem Sinne gehandelt werde. Allerdings würden wir dann zu andern Leuten in Gegenfall geraten, aber das solle uns nicht abhalten, das zu tun, was für die Zukunft unserer Organisation am zweckmäßigsten sei. Man solle auch nicht den Einfluß der Jünglingsvereine usw. vergessen, in denen größtenteils nicht in unserm Sinne gehandelt würde. Dem gelte es, einen Riegel vorzuschleichen. Übrigens sei das Ganze zunächst nur als ein Versuch zu betrachten. Kollege Ruyhorn ging in seinem Schlusswort kurz auf die gemachten Einwendungen ein. Die Versammlung stimmte gegen drei Stimmen den Grundgedanken des Referats zu und übertrug dem Vorstande die einleitenden Schritte. Zu der nächsten Hauptversammlung findet ihrer Wichtigkeit wegen hienostlich ein besserer Besuch statt.

jb.-Schau. Dem unermüdbaren Eifer des Kollegen Blossfeld aus Bremen ist es gelungen, auch in unserm sonst so „ruhigen“ Bezirk eine Graphische Ver-

einigung, die hier nichts weniger als nottut, ins Leben zu rufen. Bereits am 28. November konnte sich die hiesige Kollegenchaft des Segens der im Entstehen begriffenen Vereinigung erfreuen. Unter Führung des Herrn Professors Nieß besuchte eine große Anzahl die vom hiesigen Kunstvereine veranstaltete, in allen Teilen interessante Ausstellung: „Mutter und Kind“. Der Herr Vortragende, der es verstand, durch seine Ausführungen die Zuhörer zu fesseln und ihnen neue Anregungen mit auf den Weg zu geben, führte u. a. aus, daß Form und Farbe mehr denn je zur Geltung kommen müssen. Schon das kleine Kind verrate Farbensinn, der leider dem Erwachsenen wieder verloren gehe. Es müsse deshalb mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, diesen Farbensinn oder sechsten Sinn, wie er ihn nannte, der großen Masse zu erhalten und so das Kunstverständnis zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit erweckte die Jugendbilderausstellung, ebenso einige von geschickter Frauenhand gezeichnete Buchdeckel sowie die von Prof. Nieß gezeichneten Besuchskarten. Dem Herrn Professor sei für sein uneigennütziges Entgegenkommen an auch dieser Stelle gedankt. — Am 30. November fand die offizielle Gründung statt. Die Teilnahme war eine liberale rege, so daß der Anfang zu den besten Hoffnungen berechtigt. Beigetreten sind nahezu 80 Kollegen und Berufsverwandte. Aus der Wahl zum Vorstande ging Kollege Blossfeld als Vorsitzender hervor. Möge die bei der Gründung zutage getretene ideale Stimmung auch fernert hin anhalten!

Kiel. Unsere Versammlung am 30. November hätte in Anbetracht des auf der Tagesordnung stehenden Vortrags einen besseren Besuch verdient gehabt. Von 260 Mitgliedern waren nur 60 erschienen. Hoffen wir, daß die Kollegen sich im kommenden Jahre zahlreicher am Verbandsleben beteiligen, zumal der Vorstand bemüht ist, durch Veranstaltung von Vorträgen die Versammlungen anregend und belehrend zu gestalten. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Karl Baum zum zweiten Arbeitersekretär nach Chemnitz gewählt ist. Bei den kürzlich stattgefundenen Gewerbegerichtsmaßnahmen wurde die Liste des Kartells glatt gewählt, darunter auch zwei Kollegen. Weiter sei hier erwähnt, daß unter dem Titel „Kieler Tagespost“ seit dem 1. November eine neue Tageszeitung erscheint. Als letzte der hiesigen Zeitungsdruckerien hat nunmehr auch die „Schleswig-Dolmbeinische Volkszeitung“ Seymaldinen eingeführt, und zwar zwei Linotypes. Nach Entgegennahme des Kartellberichts erhielt sodann Arbeitersekretär Ristau das Wort zu seinem Vortrage: „Jugendberziehung und Schundliteratur“. Der Vortragende machte zunächst darauf aufmerksam, daß er nur die Absicht habe, über das Kapitel „Schundliteratur“ zu sprechen, sich jedoch vorbehalten, eventuell in einer späteren Versammlung über „Jugendberziehung“ zu referieren. Redner gab einleitend eine interessante Schilderung der Entstehung und Entwicklung des Schriftentums vom Altertum bis zur Jetztzeit und zeigte dann an der Hand von Zahlen und Beispielen, in welcher enormen Weise die Schundliteratur in alle Schichten des Volks eingebrungen ist, und welche verheerende Wirkung derartige Lektüre auf das empfindliche Gemüt des Kindes und Jugendlichen ausübt. Es sei daher dringende Pflicht eines jeden, diese Hintertreppenromane, Detektivgeschichten usw. von Kindern und Jugendlichen fernzuhalten. Geeignete Mittel zur Bekämpfung wären u. a. Aufklärung durch Vorträge, durch die Presse, die Beschaffung guter Jugendliteratur (eine Anzahl empfehlenswerter Bücher war in der Versammlung ausgestellt), Einrichtung von Jugendbibliotheken. Der etwa einstündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der sich anschließenden Debatte wurden die Ausführungen des Referenten unterstützt und speziell zum Vorkoft derjenigen Sigarenhändler usw. aufgefordert, die diese Schund-erzeugnisse feilbieten. Ferner wurden unsere Delegierten bei der Zentralbibliothek beauftragt, dort die Angliederung einer Jugendbibliothek anzuregen. Unser Weinachtsvergüngen wird gemeinsam mit dem Gesangsvereine Untenberg am Silvesterabend gefeiert werden. Das Kinderfest findet am 19. Dezember statt. Für beide Veranstaltungen wurden dem Komitee 150 Mk. zur Verfügung gestellt.

Rundschau.

Eine unliebame Verwechslung ist uns beim Bericht über die Amtsniederlegung des Vorsitzenden des Bezirksvereins Hannover des Deutschen Buchdruckervereins unter „Rundschau“ in Nr. 140 unterlaufen. Wir haben in jener Notiz Herrn Dr. Friedrich Jänecke mit Herrn Dr. Max Jänecke verwechselt, und das Amt des Vorsitzenden dem Deutschen Zeitungsverlegervereine, welches in Wirklichkeit der letztgenannte inne hat, dem ersteren zugeschrieben. Ein Zusammenhang der Amtsniederlegung des Herrn Dr. Friedrich Jänecke mit den bekannten einseitigen Tendenzen des Deutschen Zeitungsverlegervereins ist daher weniger deutlich für Augenstehende zu erkennen. In der Wichtigkeit unserer übrigen daran getippten Vermutungen dürfte sich aber trotzdem wenig oder gar nichts ändern.

Ein bedenkllicher Weg ist es, den ein Gehilfe aus Mecklenburg in letzter Zeit eingeschlagen hat, um sich eine Stellung als Korrektor zu verschaffen. Als Beweis dafür liegt uns eine hektografierte Postkarte vor, die an den Verwalter des Tarifarbeitsnachweises einer sild-deutschen Großstadt gerichtet war, womit der Verwalter um freundliche Vormerkung des Absenders in der Liste des Arbeitsnachweises gebeten wird. Aber seine Fähigkeiten schreibt der Betreffende auf der Karte selbst: „Schr

ständig, flott und gewissenhaft, streng solide, verheiratet, 29 Jahre alt, gelernter Seher, perfekter Stenograph, gewandter Berichterstatter, redaktionell gut gebildet, Maschinenschreiber, vertraut mit der Abrechnung mit den Korrespondenten, gewandt im Verkehr mit dem Publikum. Diese originelle Offerte des Tausendkünstlers wurde jedenfalls an mehrere Arbeitsnachweise verschickt, was deren Herstellung auf bestographischem Wege vermuten läßt. Damit hat aber unser iudicium, flottes, gewissenhaftes und streng solid verheirateter Seherkollege bewiesen, daß er von tariflichen Pflichten und Rechten kaum eine Ahnung besitzt, denn sonst müßte er begreifen, daß sein Vorgehen tariflich unzulässig ist, ganz abgesehen von den gewerkschaftlichen Grundfragen, die auf diesem Wege direkt mit Füßen getreten werden. Derartige Mittel sind einfach grobe Entgleisungen, die um so mehr zu verurteilen sind, als gerade in letzter Zeit erst das Tarifamt an die tariftreuen Prinzipale das Erluchen gerichtet hat, eine ordnungsgemäße Finanzspruchnahme der Tarifarbeitsnachweise mehr noch als bisher zu beachten. Was von Prinzipalen in diesem Fall erwartet wird, sollte von Gehilfen doch in erster Linie berücksichtigt werden.

Buchdrucker in Gemeindeparlamenten. Bei den im Monate November in der Rheinpfalz vorgenommenen Neuwahlen der Gemeinderäte in sämtlichen Gemeinden wurde auch eine Reihe Mitglieder unserer Organisation in die Gemeindevormaltungen neu bzw. wiedergewählt. So wurde in der Gemeinde Rheingönheim (Speier) Kollege Forlacher zum Bürgermeister, in Speier Kollege Graf zum zweiten Adjunkten (Wegeordner), in Würthheim Kollege Stepp, in Eßigheim Kollege Fries, in Ludwigschafen die Kollegen Gerich und Kämpfe, in Neustadt a. d. S., die Kollegen Holzappel und Schneider und in Speier Kollege Schellhammer als Gemeinderäte gewählt. Von diesen neun Mitgliedern sind noch vier als Buchdruckergehilfen praktisch tätig, drei sind Kranrentassenbeamte und je einer Geschäftsführer und Expedient.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress und die Buchdrucker. Unsere Bruderorganisation jenseits des großen Teichs unterbreitete dem vor wenigen Tagen erst zu Ende gekommenen Gewerkschaftskongress in Toronto nachstehende Resolution und erzielte auch deren einstimmige Annahme: „In Erwägung, daß die Kirchen und die Geistlichkeit ein immer stärkeres Interesse an dem Studium der Arbeiterbewegung zeigen, und mancher Geistliche der verschiedenen Richtungen dieses Interesses durch öffentliche Erörterung der Probleme der Lohnarbeiter zeigen; in fernerer Erwägung, daß es im Interesse der Kirche sowohl wie der Arbeit selbst liegt, einen besonderen Tag zu bestimmen, an dem die Aufmerksamkeit aller Klassen auf die Fragen, welche die Arbeiter berühren, gelenkt werde, beschließt der Kongress, daß der Sonntag vor dem ersten Montag im September jeden Jahres durch den amerikanischen Arbeiterbund offiziell als „Arbeiter Sonntag“ bestimmt und die Kirchengemeinschaften Amerikas aufgefordert werden, einen Teil dieses Tages der Betrachtung der Arbeiterfrage zu widmen. Zugleich auch werden die lokalen und zentralen Gewerkschaftsinstanzen aufgefordert, in jeder erlaubten Weise mit den Geistlichen zusammen zu arbeiten, welche den Arbeitersamstag innehalten, um einen möglichst zahlreichen Besuch von Arbeitern und andern herbeizuführen.“ In einer weiter angenommenen Resolution wurden die Buchdrucker in ihrem Bestreben, einige Ausnahmen im Zolltarif für Druckerzeugnisse zu bewirken, ermutigt, daß solche Ausnahmen die Einfuhr bestimmter Artikel unter Umgehung der allgemeinen Zollsätze begünstigen und (angeblich) dem amerikanischen Buchdruckerergewerbe und dessen Arbeiterschaft schädlich seien.

Eine berechtigte Erhöhung des Anzeigenpreises haben nach einer Mitteilung des „Allgemeinen Anzeigers für Buchdrucker“ vier in Darmstadt erscheinende Tageszeitungen gemeinsam vorgenommen. Es handelt sich um alle Inserate, die nach besonderen Entwürfen zu setzen sind und durch Umwendung von Linien und Kreisen größere Schwierigkeiten in der Herstellung und dadurch Verluste bebingen. Der Aufschlag beträgt 20 Prozent.

Die Gewerbegerichtswahl in Essen brachte den freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg. Zum ersten Male traten nämlich bei dieser Wahl die von der Krupp'schen Verwaltung unterstützten Gelben auf den Plan, die aber trotz der enormen Geldmittel, die ihnen zur Agitation zur Verfügung standen, nur zwei Siege mit 2756 Stimmen erlangten. Die Stimmen der Christlichen gingen um 1235 zurück, was einem Verluste von zwei Vertretern gleichkommt. Sie haben deren nur noch sechs statt bisher acht. Die Christlich-Sozialen blühten ihren einzigen Sieg ein; ihre Stimmengahl verringerte sich von 1180 bei der letzten Wahl auf 489. Sie haben infolgedessen gar keinen Vertreter mehr. Die freien Gewerkschaften steigerten dagegen ihre Stimmengahl von 7950 auf 8977; sie erhalten einen Sieg mehr als bisher, und zwar acht statt sieben. Eine polnische Liste erzielte nur 345 Stimmen.

Innungen gegen Gewerbegerichte. Wegen die Spruchpraxis der Gewerbegerichte laufen die Innungsmeister fortgesetzt Sturm, weil durch sie die gute, alte, patriarchalische Zeit der schrankenlosen Arbeiterausbeutung doch verschiedentlich durch eine Anerkennung des Arbeiterrechts abgelöst wird. Auch der Vorstand des Bundes deutscher Arbeiter- und Freikirchungen beteiligte sich in hervorragendem Maß an diesem Kampfe gegen die Gewerbegerichte. In der Ausgabe seines Organs vom

15. Oktober wurde ein Urteil des Gewerbegerichts in Berlin erörtert, das „einen trassen Beweis für die Unzulänglichkeit der berufungslosen Gewerbegerichtsverfahren“ biete. Zwei Meister hatten ihre Gehilfen entlassen, weil diese sich weigerten, um 6¹/₂ Uhr aufzustehen resp. vor 7 Uhr ins Geschäft zu kommen. Die Gehilfen klagten, und die Meister wurden auf Grund des § 139c Abs. 1 der Gewerbeordnung verurteilt, weil den Gehilfen nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens zehn Stunden nicht gewährt worden sei. Im Anschluß an die Kritik dieses Urteils erklärte der Bundesvorstand, „sich sofort an die maßgebenden Justizinstanzen im Reiche zu wenden mit der Bitte, die Gewerbegerichte aufzuklären, damit weitere Fehlurteile in dieser Beziehung in Zukunft unterbleiben“. Das Reichsamt des Innern hat nun dem Bundesvorstand auf seine Eingabe erwidert, eine Einwirkung auf die Rechtsprechung der Gewerbeordnung stehe dem Amte nicht zu.

Sozialpolitisch und Reichshaus halt. Wie leider im Zeitalter der „weißen Salbe“ nicht anders zu erwarten, sind von den Ausgaben des Reichsamts des Innern die wenigsten für sozialpolitische Zwecke. Im ordentlichen Etat bildet die größte Ausgabe, die hier in Betracht kommt, die Aufwendung des Reichs für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Für das Jahr 1910 ist der Betrag von etwas mehr als 6¹/₂ Millionen Mark eingestellt, gegen das Vorjahr 1,13 Millionen Mark mehr. Diese Zunahme ist einzig und allein die Folge davon, daß naturgemäß die Zahl der Rentenempfänger größer wird. Von einer Erhöhung der ganz ungenügenden Invaliden- und Altersrenten ist aber gar keine Rede. Zur Unterhaltung der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ ist die Ausgabe von 50000 Mk. im Vorjahr auf 40000 Mk. herabgesetzt worden. Als Beihilfe für die internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterchutz zur Unterhaltung des internationalen Arbeitsamts sind wie im Vorjahr 8000 Mk. verlangt worden. Zum ersten Male dagegen ist unter den „allgemeinen Fonds“ ein Beitrag zu den Kosten des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise eingestellt worden. Dem Verbande sind seit dem Jahre 1902 mehrfach Beihilfen aus Reichsfonds gewährt worden. Die Fonds, aus denen die Beihilfen bisher gezahlt worden sind, bieten für die Zukunft nicht mehr die erforderlichen Mittel. Deshalb der neue Vorschlag in dem Etat. Um die Zweckmäßigkeit dieser Ausgabe zu beweisen, ist in den Erklärungen angeführt, daß der Verband deutscher Arbeitsnachweise dahin wirke, unter Verzicht auf eine reichsrechtliche Regelung in freier Vereinbarung das Arbeitsnachweises in Deutschland weiter auszugestalten. Der Verband verfolge insbesondere das Ziel, daß das ganze Reich mit einem Netze von öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweisen umspannt wird, „durch die in einseitigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerarbeitsnachweisen hervortretenden Gegensätze ausgeglichen und die Mißstände der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung zurückgedrängt werden“. Später würde die Aufgabe hinzutreten, das Arbeitsangebot für die verschiedenen Bezirke und Beschäftigungsbezirke auszugleichen. Dabei soll besonders der Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen Land und Stadt gefördert werden. Bewahrheitet sich aber, daß der Betrag des Reichs für diesen Zweck ebenso gering wie im vorigen Jahre geblieben ist, obgleich eine beträchtliche Erhöhung notwendig wäre. Die Behörden für die Untersuchung von Seunfällen erfordern 38500 Mk., dieselbe Summe wie im Vorjahre. Die Ausgaben für das Statistische Amt sind von 2170640 auf 2194115 Mk. gestiegen. Aber auch dieses Amt hat viel mehr mit anderen Fragen als mit sozialpolitischen zu tun. Das Gesundheitsamt ist mit 388840 Mk. eingestellt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 18900 Mk. Es handelt sich im wesentlichen nur um Erhöhung der Gehälter. Das Reichsversicherungsamt erfordert eine Ausgabe von mehr als 2¹/₂ Millionen Mark. Die Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahre stellt sich auf 57365 Mk. Es mußten u. a. sieben weitere richterliche Beamte eingestellt werden, weil die Zahl der zu entscheidenden Streitfälle gemachsen ist. Zu wünschen wäre nur, daß die Richter mehr Zeit finden, sich genauer mit den Arbeitsverhältnissen bekannt zu machen. Denn in letzter Zeit hören wir von auffallend vielen solcher Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, die nach unserer Überzeugung den besonderen Verhältnissen der Arbeiter nicht in dem genügenden Maße gerecht werden. Von den einmaligen Ausgaben sind hervorzuheben: zur Förderung der Bekämpfung des Typhus 176000 Mk., 26000 Mk. weniger als im Vorjahre. Beitrag an das internationale Institut für Sozialbibliographie 15000 Mk. wie im Vorjahre. Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Zuckerkrause 100000 Mark, 20000 Mk. weniger als im Vorjahre. Neu eingestellt sind: Beihilfe an den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltschaften 1000 Mk. und Beitrag zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens 10000 Mk. Schließlich bringt der außerordentliche Etat die Forderung von zwei Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und in den Verwaltungen des Reichs sowie in den Betrieben der Militärverwaltungen durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen: Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften u. a., ferner zum Erwerb geeigneten Baugeländes für Käufer mit solchen Wohnungen. Vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1909 sind insgesamt 37 Millionen Mark für diesen Zweck be-

willigt worden. Hier von standen im April d. J. noch vier Millionen Mark zur Verwendung. Aus diesem Grunde ist die Forderung von vier Millionen im Vorjahre auf zwei Millionen Mark herabgesetzt worden. Von den mehr als 100 Millionen Mark Ausgaben des Reichsamts des Innern kommen demnach nicht einmal 15 Millionen Mark für rein sozialpolitische Aufgaben in Betracht. Dagegen sind für Militär und Marine im allgemeinen im Etatsjahre 1910/11 zusammen 1003129776 Mk., also über eine Milliarde, vorgesehen.

Der Reichstag hat in seiner vierten Sitzung der neuen Legislaturperiode als erste „sozialpolitische“ Broschüre gegen alle Stimmen der Rechten die geplante Witwen- und Waisenunterstützung bzw. deren reichsgesetzliche Regelung auf das Jahr 1911 verschoben. Die christlichen Arbeitervertreter haben bei dieser blamablen neuen Vertagung der Witwen und Waisen in bekannter Weise topfknüchel mitgewirkt.

Briefkasten.

Nach Waldshut: In diese gemischte und gemäßigte Geschichte wollen wir uns doch lieber nicht einmischen. — Fr. M.: Der „Kleine Meyer“ ist sechs, der „Kleine Brodhaus“ zwei Bände stark. Der Preis des ersteren beträgt 72 Mk., der des letzteren dagegen 24 Mk. — S. Sch. in Köln: Aus eigner Anschaffung kennen wir jenes Werk nicht; ob es unter den vorhandenen bessere gibt, vermögen wir also nicht zu sagen. — M. L. in Rixdorf: Der „Korr.“ hat in Nr. 128 unter der Auslandskubrik einen gebräugten Überblick über den neuen ungarischen Eisenkartoffel gegeben. Von Leistungsbestimmungen ist darin nichts zu lesen und auch in der von uns benutzten Quelle nichts darüber zu finden. Wenden Sie sich doch einmal an Ihre Zentralkommission. — D. in Chemnitz: Eine besondere Zusammenstellung im „Korr.“ erscheint darüber nicht. Wie schon mehrmals bekanntgegeben, soll der Entwurf dieser Sammlungen im Gaujahresbericht angegeben werden. Zur gegebenen Zeit erfolgt dann ein Auszug. — G. W. in Str.: 1. In fachtechnischen Blättern haben wir darüber nichts Günstiges gelesen. 2. Weil kein Bericht eingegangen ist. — M. W. in Amberg: 1,85 Mk. — U. R. Win.: 95 Pf.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechtamt V, 1119L.

Solingen. Der Seher Artur Hoffmann wird um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm sein Buch nachgeschickt werden kann; desgleichen wird der Seher Artur Klein aus Solingen aufgefordert, innerhalb 14 Tagen seine vier Reste an den Kollegen S. Bassoll, Blumenstraße 102, einzusenden, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Waldenburg i. Schl. Die am 5. November vorgenommene Auszählung der Stimmen zur Wahl des Bezirksvorstehers für das Jahr 1910 zeitigte folgendes Resultat: Abgegeben wurden 220; davon erhielten die Kollegen Böchel 142, Hoffmann 74, ungültig 4. Ersterer ist somit gewählt.

Abressenveränderungen.

Dortmund. (Bezirk und Ort.) Kassierer: Heinrich Schröder, Nordstraße 15, ab 29. Dezember Wallinrodtstraße 113, Ecke Münsterstraße. Expedienten ab Sonntag den 2. Januar jeden Sonntag vormittags von 10¹/₂ Uhr bis mittags 1 Uhr im Vereinslokal, Auf dem Berge 6.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Morbach der Drucker August Moser, geb. in Ramerdingen 1871, ausgl. in Schwabmünchen 1889; war schon Mitglied. — In Straubing der Seher Josef Huber, geb. in Vottenburg a. R. 1886, ausgl. in Innsbruck 1903; war schon Mitglied. — Josef Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Rastock der Schweizerbeleg Emil Bland, geb. in Parchim 1876, ausgl. das. 1894; war schon Mitglied. — A. Dahnke in Schwerin, Münzstraße 32.

Arbeitslofenunterstützung.

Hauptverwaltung. Wir ersuchen die Herren Verwalter, dem Seher Richard Döbbla aus München (Hauptbuchnummer 9857) 250 Mk. von der Reiseunterstützung in Abzug zu bringen und portofrei (auf Kosten des Kollegen Döbbla) an den Verwalter Herrn Hamann in Hamm i. Westf., Brüderstraße 4 I, einzusenden.

Dem Drucker Herrn Wiemers aus Westerbende (Hauptbuchnummer 57973) sind in Marburg 37 Unterstützungsstage zu wenig vorgetragen worden. Wir bitten, diese Tage auf der Reiselegitimation des Kollegen Wiemers zuzuschreiben.

Dortmund. Der Korrektor Otto Töpfer aus Böhndel i. Hülre. (Hauptbuchnummer 28316), vernünftig in Kotbus in Kondition, wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, den hier erhaltenen Voranschlag zurückzuzahlen, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird. Die Herren Funktionäre wollen den Kollegen T. hierauf aufmerksam machen.

Magdeburg. Dem Seher Max Publas aus Seligenfeld (Hauptbuchnummer 8080) ist angeblich seine Legitimation in Magdeburg verloren gegangen. Dieselbe war hier ausgefüllt mit dem Datum des 2. Dezember. Kollege Publas erhielt ein Duplikat ausgefüllt und wird die Legitimation hiermit für ungültig erklärt.

Verfallungsstaler.

Aischerleben. Versammlung Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.

Essen. Versammlung Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Fipoli“.

Sonnabend, den 11. Dezember, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Fern. Hotel, Stadtviertel Straße.

Invalide und Stellenlose können d. Vert. e. Buchdruck. Mittels ...

Linotype-seker gewandt, findet sofort oder später Stellung bei Otto v. Brandenroth, Zilit (Dhr).

Stempelfeher und Vulkaniseur in dauernde, selbständige Stellung gesucht bei Stempelfabrik Götz, Wiesbaden.

Maschinenmeister welcher mit dem Klein- & Ringerschen Anlegeapparat ...

Galvanoplastiker im Nähen und Weben erfahren, in dauernde, angenehme Stellung ...

Gravüre tüchtige, in Stahl und Zeug geübt, finden dauernde Stellung.

Druckungsliebender tüchtiger Seker sucht für bald oder später Kondition.

Tüchtiger Monotypsetzer sucht dauernde Kondition.

Neujahrskarten mit Gutenberg oder m. Buchdruckerwappen in Prägedruck oder in Gold und 7 Farben.

Um welche und wieviel Geschenk? Antwort in der nächsten Nummer dieses Blatts.

„Von neuen Wern“ Gedicht von Fr. Erdm. ...

Maschinensetzer-Verein Sitz Berlin. Sonntag, den 12. Dezember, früh 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Die neue Linotype Junior ...

Stempelschneider für Ventonmaschine findet sofort dauernde Stellung. B. B. 3. A. A. Offizielles Organ zum 47. Stiftungsfeste des Vereins der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Ein- und Ausblicke: „Erleuchtung“: Halt's Maul! ... Zur Lage: Quidproquo ...

Maschinenmeisterversammlung Hamburg-Altonaer Buchdrucker. Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Aufstellung von Kandidaten ...

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle! Obige Original, Nr. 75, garant. rein überseische Tabake, 100 St. Mk. 4,25.

Obige Original-10-Pf.-Zigarre „Braganza“, hochfein u. edel, 50 St. Mk. 3,25. Kleine Mexikozig. 100 St. 2,85 Mk. ...

Czollek & Gebale, Berlin C 2 7, Neue Promenade 7, 1. Etage. Gößnet bis 9 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Mensburg. Sonnabend, den 11. Dezbr. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Festsetzung des Jahresberichts ...

Gutenberg. Büste, 70 cm hoch, Glas, 20 Mk. ...

Stichel und Mosser für Stereotypie und Toplatton in Zelloid, Linoleum u. Blot. Th. Bartholomae, Berlin, Oranienstraße 185.

Zum Skizzieren und Kolorieren verwende man nur noch Mäasers Normalfarben. Der Farbkasten A mit 20 Mäaserschen Normalfarben zum Preise von 6 Mk. eignet sich vorzüglich als Weihnachtsgeschenk!

Für die mir aus Anlaß meines Arbeitspublikums zugegangenen Ehrungen ...

Linotypelehre mit Vellage: Doppelmagazinmaß, 1,05 Mk. H. Nibel, Berlin N 4, Reffelstraße 17 IV. 125

Hierdurch bringen wir die traurige Nachricht, daß unser hochverehrter Prinzipal, Herr Joseph Grabherr Verleger und Buchdruckereibesitzer, Mitbesitzer des Litorarischen Instituts von Haas & Grabherr am Donnerstag, den 2. Dezember, unerwartet rasch an Herzschlag verschieden ist.

Deutsches Buchdrucker-Niederbuch. Hier die größte und gebiegene Auswahl von ...

Hans Kellner im Alter von 44 Jahren. Ein treues Andenken wird ihm bewahrt.

Joseph Schölzel im Alter von 56 Jahren an Magenleiden. Sein hiedoz Charakter wird ihm stets das Andenken der Kollegen bewahren!

Georg Kassecker aus Schönbrunn i. B., zuletzt in Frankfurt a. Main konditionierend.

Alfred Notto aus Pegau i. S., im 53. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm!

Zum drittenmal in kurzer Zeit hielt der Tod Einkehr in unseren Reihen, denn am 2. Dezember starb unser lieber Kollege, der Setzer